



mobim-analysen, 03/2010

Hintergrundinformationen und Recherchen der Mobilen Beratung
im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie

„Abendland in Christenhand“

Rechtspopulistische „Islamkritik“: Pro NRW und die Anti-Minarettkonferenz in Gelsenkirchen

Grüße aus der Schweiz: „Liebe abendländischen Freunde...“

„Das weiße Kreuz auf rotem Grund sei Euer Wegweiser.“ – so schließt der Schweizer Oskar Freysinger, Nationalratsmitglied als Vertreter der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei (SVP), sein Grußwort zur „Internationalen Konferenz für ein Minarettverbot“. Freysingers Partei war treibende Kraft bei der Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“, die Ende November 2009 mit mehr als 57 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen wurde.

Zwei Feststellungen und damit Schlaglichter auf Strategie und Programm von Pro NRW lassen sich an seinem Grußwort festmachen: Zum einen bemüht sich die selbsternannte Bürgerbewegung zum wiederholten Mal, sich in eine Reihe mit anderen rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien in Europa wie z.B. dem Vlaams Belang (Belgien), der SVP (Schweiz), Alsace d'abord (Frankreich) und FPÖ (Österreich) zu stellen und bietet sich als angeblich ernstzunehmender Ansprechpartner in Deutschland an. Zum anderen versucht die Partei, gesellschaftliche Vorurteile und die Debatte um Minarette in Deutschland für ihre islamfeindlichen Ziele zu nutzen. In dieser kurzen Analyse soll die Vorgehensweise von Pro NRW am Beispiel der bevorstehenden „Anti-Minarett-Konferenz“ näher beleuchtet werden.

Sternmarsch und Mahnwachen gegen Moscheen

Unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ will die selbsternannte Bürgerbewegung Pro NRW am Wochenende vom 26. bis 28. März 2010 den Wahlkampf für die NRW-Landtagswahl im Mai beginnen. Nach eigener Aussage plant die Partei ein „islamkri-

tisches Aktionswochenende“, zu dessen Auftakt am Freitag Mahnwachen vor zahlreichen Moscheen und muslimischen Zentren in Herten, Gelsenkirchen, Bochum, Oberhausen, Mülheim und Essen geplant sind.

Am Samstag soll dann die internationale „Anti-Minarett-Konferenz“ im Gelsenkirchener Schloss Horst stattfinden. Bereits zum zweiten Mal muss die Stadt nach einer gerichtlichen Niederlage den Tagungsort zur Verfügung stellen. Zu dieser Konferenz erwartet Pro NRW auch Vertreter aus anderen europäischen Ländern. So hat sich Harald Vilimsky, der Generalsekretär der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) angekündigt, aber auch Mitglieder der belgischen Partei „Vlaams Belang“ werden laut Pro NRW unter der Führung des Vorsitzenden Filip Dewinter anreisen. Zudem werden Delegierte von extrem rechten Kleinstparteien aus Frankreich erwartet, die sich ebenfalls für Minarettverbote stark machen. Nach seinem Engagement bei DVU und NPD hat sich auch der als „prominentes Mitglied“ und „deutsch-schwedischer Millionär“ gefeierte Patrick Brinkmann angekündigt. Dieser ist bisher vor allem durch ein medienwirksam inszeniertes Kaufinteresse an Häusern in Köln und Duisburg für ein angeblich von Pro NRW geplantes „Haus für die Opfer des Islams“ in Erscheinung getreten. Zusammen will man über ein Minarettverbot auf europäischer Ebene nachdenken. Gleichzeitig soll die Konferenz auch als Pro NRW-Parteitag dienen.

Den Abschluss des Wochenendes wird am Sonntag ein „Sternmarsch“ auf die Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh bilden, zu dem die die Partei „rund 2.000 Teilnehmer“ erwartet. Empört ist man auf Seiten von Pro NRW über die „dreiste“ Behauptung der Medien, der Sternmarsch würde mit der NPD zu-

sammen organisiert werden. Dazu äußerte sich der Pro NRW-Vorsitzende Markus Beisicht im Internet-auftritt der Partei wie folgt: „Selbstverständlich haben wir als demokratische Partei nichts mit Neonazis à la NPD und Co. zu tun. Pro NRW ist nur in einem Punkt wirklich radikal, in der Abwehr des Extremismus von Rechts und Links“. Tatsächlich plant die NPD am 28. März ein eigenständiges Programm, allerdings nutzt auch sie, genau wie Pro NRW, das Minarettverbot als zentrale Wahlkampforderung. Die Abgrenzung zu anderen Parteien des extrem rechten Spektrums ist Strategie und vordergründig, da es sowohl thematisch als auch personell durchaus Schnittmengen gibt.

Die großspurig angekündigte „Anti-Minarett-Konferenz“ knüpft an die so genannten „Anti-Islamisierungs-Kongresse“ in Köln an, die bereits in den Jahren 2008 und 2009 von Pro NRW/Pro Köln veranstaltet wurden. In beiden Fällen konnte die im Vorfeld angekündigte Teilnehmerzahl nicht annähernd mobilisiert werden. Beide Konferenzen wurden begleitet von starken Protesten breiter Bündnisse und können nicht als Erfolg für die „Bürgerbewegung“ gewertet werden. So ist zu erwarten, dass die kommende „Anti-Minarett-Konferenz“ ähnlich erfolglos und von Protesten begleitet verlaufen wird. Nichtsdestotrotz ist die Auseinandersetzung mit Programm und Struktur der „Pro Bewegung“ notwendig, da ihre Argumentation bis weit in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig ist.

Von Pro Köln zu Pro NRW

Spricht man von Pro NRW, so muss man dies im Zusammenhang mit dem Verein „Bürgerbewegung Pro Köln e.V.“ (kurz: Pro Köln) tun. Jede Neugründung auf Landes- oder Bundesebene aus dem Spektrum der „Pro Bewegung“ ist auf Pro Köln und dessen Akteure zurückzuführen.

Der 1996 in Köln gegründete Verein ging aus der Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) hervor, die schon zur Kommunalwahl 1994 als offene Liste antrat. Auf dieser kandidierten unter anderen auch Mitglieder der NPD und der kurze Zeit später verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Nachdem die DLVH es 1994 und 1999 nicht schaffte, in den Kölner Stadtrat einzuziehen, orientierten sich die führenden Mitglieder in Richtung des als Projekt angelegten Pro Köln um.

2000 trat Pro Köln erstmals bei der Oberbürgermeisterwahl an, zunächst ohne Erfolg. Erst nach längerer politischer Basisarbeit konnte die „Pro Bewegung“ mit 4,7% und vier Vertretern in den Kölner Stadtrat und später in die Bezirksvertretungen einziehen.

Im Februar 2007 wurde die „Bürgerbewegung Pro Nordrhein-Westfalen e.V.“ (kurz: Pro NRW) auf Initiative von Pro Köln gegründet. Das erfolgversprechende Konzept aus Köln sollte auch für andere Städte in NRW fruchtbar gemacht werden. Seitdem sind eine Reihe neuer „Pro“-Ableger in verschiedenen Städten, z.B. in Bottrop entstanden. Kurz zuvor war bereits Pro Gelsenkirchen gegründet worden.

Zentral von Köln aus gesteuert wurde ein „Aufbaukonzept“ entwickelt, das „Pro“-Gruppen vor Ort umsetzen sollen, um durch lokale Arbeit zu einer etablierten und wählbaren Partei zu werden. In drei Phasen soll mit einem Schwerpunkt auf der Ermittlung von Unterstützeradressen die Handlungsfähigkeit und der Wahlantritt von Kreisverbänden organisiert werden. Dies ist allerdings nicht in allen Ortsgruppen umgesetzt worden.

Vorgesehen ist, unter Rückgriff auf kommunale Ereignisse, die rechtspopulistisch zugespitzt werden, Mitglieder zu werben. Die Themen sind vorgegeben: „Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit“. Dabei ist die „Bewegung“ immer darauf bedacht, nicht in einen vordergründigen Rassismus zu verfallen, sondern den Anschein der Anständigkeit zu bewahren. So heißt es im Aufbaukonzept: „Der Text [...] darf nicht ausländerfeindlich sein“. Mit Hilfe von als Flugblätter verfasste Petitionen, die massiv verteilt werden, versucht Pro NRW Bürgerinnen und Bürger für ihren eigenen Wahlkampf einzuspannen und an sich zu binden. Dieses Verfahren bietet zwei Vorteile: Zum einen kann sich Pro NRW über die eingebrachten Beschwerden in den Stadträten und Kommunen selbst inszenieren. Zum anderen werden Adressen aus den gesammelten Unterschriften der Petitionen gewonnen, die zu weiterem Anwerben und zur Versendung von Propagandamaterialien genutzt werden können.

Nicht nur inhaltlich und organisatorisch, sondern auch personell stellt Pro Köln den Knotenpunkt der „Pro Bewegung“ dar. So ist der Leverkusener Rechtsanwalt Markus Beisicht nach Wahlantritten

für die Republikaner und die DLVH Vorsitzender sowohl von Pro Köln als auch von Pro NRW. Das langjährige Pro Köln-Mitglied und Schatzmeister Manfred Rouhs hingegen ist Bundesvorsitzender der „Bürgerbewegung pro Deutschland e.V.“, des bundesweiten Ablegers von Pro Köln.

Dass einzelne „Pro“-Mitglieder im Gegensatz zu den propagierten Abgrenzungen keine Scheu vor gewalttätigen Neonazis haben, zeigt das Beispiel des Pro NRW-Beisitzers und Schatzmeisters des Bezirksverbandes Ruhrgebiet André Picker. Der Dortmunder Anwalt tritt häufig als Verteidiger von gewalttätigen Neonazis auf, etwa im Prozess gegen den wegen Gewalttaten verurteilten Kopf der „Autonomen Nationalisten Ahlen“. Auch der Pro Gelsenkirchen-Gründer und stellvertretende Pro NRW-Vorsitzende Kevin Gareth Hauer hegt im Gegensatz zu vielen seiner Mitstreiter keine Berührungängste mit der NPD: Im Februar 2004 gab Kevin Hauer dem NPD-Parteiorgan „Deutschen Stimme“ ein Interview, in welchem er sich über die Abgrenzung zur NPD und den internen Umgang mit Kritikern dieses Kurses äußerte.

Eine Ein-Punkt-Partei

Die Wahlwerbung von Pro NRW und auch die geplanten Aktionen in Gelsenkirchen und Duisburg unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ sind unverkennbar gegen „den Islam“ gerichtet. Dieser Eindruck wird durch das Kampagnenmotiv verstärkt, das eine verschleierte Person vor einer von zahlreichen Minaretten durchsetzten Deutschlandfahne zeigt. Dieses emotionalisierende Bild, das gleichermaßen darauf abzielt Ängste und Aggressionen hervorzurufen, hat Pro NRW direkt von der SVP übernommen, die damit im Vorfeld der Volksinitiative erfolgreich war.

Die plakativ vorgetragene Islamfeindlichkeit, mit der Pro NRW öffentlich in Erscheinung tritt, ist indessen nicht neu, sondern bildet seit jeher den Kern des Programms der „Bürgerbewegung“. Unterschriftensammlungen gegen Moscheebauten, die Verbreitung von Plakaten und Werbematerialien, die fast durchgängig mit dem Symbol einer durchgestrichenen Moschee versehen sind oder die „Anti-Islamisierungskongresse“ waren und sind die bevorzugten Aktionsfelder der Partei. Die bevorstehenden Veranstaltungen stellen daher lediglich die Fortfüh-

rung einer bereits seit Jahren eingeschlagenen Strategie dar. Differenzierte Sichtweisen, sachliche Argumentationsmuster und konstruktive Politikentwürfe finden sich bei Pro NRW nicht einmal ansatzweise.

Vielmehr sind die Inhalte wie auch der daran geknüpfte politische Stil der „Bürgerbewegung“ nahezu ausschließlich durch pauschalisierende Sichtweisen, schrille Polemik und eine skandalisierende Rhetorik gekennzeichnet. Die Begriffe Islam, Islamisierung und Islamismus werden synonym gebraucht und konsequent mit bedrohlich wirkenden Zuschreibungen aufgeladen. Für Pro NRW ist stereotyp „der Islam“ eine zentrale Ursache gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Probleme. In diesem Sinne ließe sich die „Bürgerbewegung“ auch als eine „Ein-Punkt-Partei“ bezeichnen.

So ist beispielsweise in den von Pro NRW veröffentlichten Traktaten, die auf einer eigens geschalteten Internetseite für die „Anti-Minarett-Konferenz“ und den „Sternmarsch“ werben, von „einer schleichenden Islamisierung“ und einem „immer aggressiver werdenden politischen Islam“ die Rede. Beklagt werden zudem die „Probleme einer aus dem Ruder geratenen gewalttätigen multikulturellen Gesellschaft“. In diesem Zusammenhang präsentiert sich Pro NRW als einzige politische Kraft, die den geschilderten Entwicklungen entgegentritt: „Pro NRW organisiert den freiheitlichen Widerstand gegen Islamisierung, Überfremdung und politisch-korrektem Multi-Kulti-Lobbyismus“.

Die Textpassagen verdeutlichen exemplarisch die politischen Grundpositionen von Pro NRW. Zunächst wird ein düsteres Bild der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände gezeichnet, die angeblich „aus dem Ruder“ geraten seien. Als Ursachen des Niedergangs gelten – ohne dass diese Behauptung eine nähere Begründung erfährt – die „Islamisierung“ und „Überfremdung“. Hier zeigt sich die von Pro NRW ständig vorgenommene Verkoppelung von pauschaler Islamkritik und vorurteilsbelasteter Ablehnung der Einwanderung in die Bundesrepublik. Diese erscheint umso bedrohlicher, da mit ihr eine „schleichende Islamisierung“ einher gehe. Die Formulierung weist verschwörungstheoretische Züge auf, legt sie doch nahe, dass der Verbreitung des Islam in Deutschland und Europa eine gezielte Strategie im Verborgenen wirkender Mächte zugrunde lie-

ge. Eine treibende Kraft dieser Entwicklung will Pro NRW allerdings im „politisch korrekten Multi-Kulti-Lobbyismus“ ausgemacht haben. Auch diese Zuschreibung bleibt höchst vage, sie gilt aber im Allgemeinen den demokratischen Parteien, deren „Politfunktionäre“ sich von der „Lebenswirklichkeit der einfachen Menschen in NRW [...] längst verabschiedet“ hätten.

In Abgrenzung zu den „herrschenden etablierten Parteien“ stilisiert sich Pro NRW gleichsam zu einer „Gegenelite“, die vorgibt, als einzige politische Strömung, eben als eine „Bürgerbewegung“, die Sorgen und Nöte der „Einheimischen“ aufzugreifen. Die ständige Bezugnahme auf die „Einheimischen“ verweist gleichzeitig auf die zentrale Kategorie, die das Politikverständnis von Pro NRW prägt: Referenzpunkt ist die Vorstellung eines ethnisch homogenen Volkes, das auch im Wahlprogramm zur Landtagswahl als positiver Gegenentwurf sowohl zur multikulturellen Gesellschaft, als auch zur „Heuchelei“ und zur „Verlogenheit“ der „Altparteien“ präsentiert wird. Auf diese Weise unterteilt pro NRW die Bevölkerung nach einem schlichten Freund-Feind-Schema in „Wir“ und „Sie“, wobei die Trennungslinien entlang der angeblich bestehenden unüberwindbaren kulturell-religiösen Unterschiede, zwischen „Einheimischen“ und Zugewanderten verlaufen. Pro NRW betreibt somit nahezu durchgängig eine Ethnisierung von eigentlich sozialen Problemfeldern und reichert diese mit vermeintlich rebellisch vorgetragener Kritik an „denen da oben“ an.

An den Mühen transparenter, sach- und lösungsorientierter Kommunalpolitik scheint die „Bürgerbewegung“ kaum interessiert zu sein. Die politischen Handlungs- und Argumentationsmuster ihrer Mandatsträger – sofern diese überhaupt wahrnehmbar sind – folgen meist den beschriebenen Zuspitzungs- und Emotionalisierungsstrategien, die sich nicht an demokratischer Zielfindung orientieren, sondern auf die Verschärfung des politisch-gesellschaftlichen Klimas setzen innerhalb dessen über Einwanderung und Integrationspolitik diskutiert wird. Die „Abgehobenheit“, die Pro NRW den etablierten Parteien unterstellt, findet sich allerdings auch bei der „Bürgerbewegung“ selbst: Die Verlautbarungen der Partei, der in Nordrhein-Westfalen bislang lediglich ca. 300 Mitglieder angehören, sind von teilweise grotesk wirkender Selbstüberschätzung, einer Fülle von

Superlativen und martialischen Bildern geprägt. Der schon erwähnte deutsch-schwedische Millionär Patrik Brinkmann plant nach eigenen Angaben sogar einen „Kreuzzug gegen den Islam in Deutschland“.

Die tun doch wenigstens was...

„Minarettverbot jetzt!“ – nicht nur in der Schweiz ist diese Forderung salonfähig geworden. Islamfeindliche Ressentiments werden nicht nur am rechten Rand gepflegt, sie lassen sich auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft finden.

„Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung“ titelt etwa der Spiegel im März 2007 und lässt Halbmond und Stern am bedrohlich dunklen Himmel über dem Brandenburger Tor aufgehen. Die Kommentarspalten von Lokalzeitungen sind voll von vorgeblich kritischen bis hin zu offen feindlichen Äußerungen der Leser, die das Minarettverbot in der Schweiz kommentieren. Der Bedarf nach pädagogischen Konzepten für den Umgang mit steigender Islamfeindlichkeit wird in unzähligen Handreichungen zum Thema aufgegriffen. Pro NRW versteht es, diese Stimmung in der Bevölkerung aufzugreifen und sie für sich nutzbar zu machen. Mit der Beteuerung, gegen die angebliche „Islamisierung“ Deutschlands vorgehen zu wollen, erreichte die Partei immerhin Ergebnisse von bis zu 6% bei der letzten Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen.

Doch zahlreiche wissenschaftliche Umfragen belegen, dass die potentielle Zielgruppe von Pro NRW durchaus größer ist, als es die Wahlergebnisse vermuten lassen. Laut der Studie „Deutsche Zustände“ (2002-2009) fühlen sich 39% der Befragten durch die Anwesenheit von Muslimen „wie ein Fremder im eigenen Land“. Dabei liegt der Anteil der Muslime an der deutschen Gesamtbevölkerung laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei ca. 5%. Trotzdem findet fast die Hälfte (46%) der Befragten in einer Studie der Universität Bielefeld aus dem Jahr 2008, es gebe schlicht „zu viele Muslime in Deutschland.“

Um die Situation in Deutschland zu relativieren, wird gerne auf andere europäische Länder wie die Niederlande oder eben die Schweiz verwiesen, wo alles noch viel schlimmer sei. Doch lediglich 17% der Deutschen vertreten in der Befragung „Deutsche Zustände“ die Meinung, dass „die muslimische Kul-

tur [...] gut nach Deutschland“ passt. Damit belegt die Bundesrepublik den letzten Rang in Europa – im europäischen Durchschnitt beziehen sich fast doppelt so viele Menschen positiv auf diese Aussage. Im Umkehrschluss heißt dies, dass 83% der befragten Deutschen die Auffassung vertreten, die muslimische Kultur passe nicht in „ihr“ Land. Das Bild vom Migranten als gefährlich fremden, Frauen unterdrückenden und sozialschmarotzenden Nutznießer vermeintlich deutscher Errungenschaften wie dem Sozialsystem und der Religionsfreiheit ist in breiten Teilen der Gesellschaft vertreten und wird medial verstärkt.

Diese Befunde zeigen: Die Argumentation von Pro NRW ist gesellschaftlich anschlussfähig. In Verbindung mit lokalen Themen, die polarisieren, kann die Partei sich als Fürsprecher der angeblich „schweigenden Mehrheit“ inszenieren und politische Leerstellen zu besetzen. So war es ihnen in Köln möglich, über 20.000 Unterschriften gegen den geplanten Bau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld zu sammeln.

Gegensteuern: demokratisch diskutieren

Spätestens seit der Kommunalwahl 2009 ist also klar: die Strategie von Pro NRW kann funktionieren. Überall dort, wo sie angetreten ist, konnte die „Bewegung“ Stimmen sammeln und in die Stadträte und Bezirksvertretungen einziehen. Lokale Kleingruppen und -parteien, die eine ähnliche Programmatik wie Pro NRW vertreten, sind zudem in einigen Stadträten und im Kreistag in Fraktionsstärke vertreten, beispielsweise im Kreis Recklinghausen, ohne jedoch auf ähnliche Resonanz bei den Medien zu stoßen. Sie knüpfen an gesellschaftliche Debatten und Vorurteile an und stellen die kommunale Politik und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Denn an einer wirklichen Auseinandersetzung mit realen Problemen der Einwanderungsgesellschaft sind sie nicht interessiert.

Die einfachste und zugleich schwer umzusetzende Antwort auf die Frage „Was tun?“ lautet: Gute Kommunalpolitik machen. Der Erfolg rechtspopulistischer Propaganda ist eng verbunden mit der Art und Weise, wie vor Ort diskutiert wird. Gerade emotional besetzte Themen wie Integration und interkulturelle Konflikte bieten rechtspopulistischen Gruppen eine Angriffsfläche. Hier sind die Lokalpolitik

und die gesamte lokale Gesellschaft gefragt, nicht nur anlassbezogen, wie zum Sternmarsch und den „Mahnwachen“ klar Stellung zu beziehen, sondern darüber hinaus eine stetige kritische Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Ausgrenzung zu fördern und zu betreiben. Im alltäglichen Gespräch, im Rat und vor allem im Wahlkampf können sie Integrationspolitik aktiv gestalten und die Instrumentalisierung von Glaubensfragen unterbinden. Dabei soll es nicht darum gehen, Probleme und Konflikte beiseite zu wischen, sondern diese klar anzusprechen und offensiv mit allen Beteiligten auf Augeshöhe zu diskutieren. Dies funktioniert überall dort gut, wo demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger geschaffen und MigrantInnen-selbstorganisationen eingebunden werden – wie z.B. in Oberhausen bei der Entwicklung eines als Prozess angelegten kommunalen Integrationskonzepts.

Solche positiven Aspekte von gemeinsamer Zusammenarbeit unterschiedlichster Institutionen und Menschen auch bei schwierigen Themen transparent zu machen und öffentlich darzustellen, ist nicht zuletzt auch eine Aufgabe der lokalen Medien. Häufig prägen einseitige und ethnischisierende Darstellungen (Parallelgesellschaft, Ghettoisierung, Desintegration,...) die öffentliche Wahrnehmung von Migration und Integration. Diese Sichtweise greift tatsächliche Probleme, aber auch Vorurteile und Ängste auf und zeichnet ein einseitiges Bild der Lebensrealität in den Kommunen NRWs. Dem können beispielhaft Projekte gelingenden Zusammenlebens oder Beiträge zu öffentlichen Personen, die sich für einen gelebten Austausch und Toleranz einsetzen, entgegen gestellt werden, um neue und positive Aspekte in die Debatte einzubringen.

Um aber überhaupt gegen Parolen von Parteien und Gruppen wie Pro NRW tätig werden zu können, braucht es zum einen Sachkenntnis über lokale Strategien und Programm dieser Organisationen, zum anderen stetige Aufklärung über ihre Ziele. Damit verbunden ist die Notwendigkeit, ihre Propaganda und Stimmungsmache nicht einfach zu ignorieren, sondern sich auch inhaltlich mit ihr auseinanderzusetzen. Häufig sind in den Kommunen engagierte Personen aktiv, die in Bündnissen und Netzwerken gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz arbeiten. Sie haben oft Kenntnis über die Geschehnisse vor Ort und sind

„Seismographen“ im Gemeinwesen. Diese zu unterstützen und mit ihnen und den örtlichen MigrantInnenselbstorganisationen zusammen zu arbeiten, ist unerlässlich und Voraussetzung für ein erfolgreiches Vorgehen. Das „Engagement von unten“ zu stärken und schwierige Themen im Dialog zu behandeln, sind Schritte hin zu guter bzw. besserer Kommunalpolitik: Es dürfen keine „Leerstellen“ entstehen, die von Rechtspopulisten besetzt werden können. Gute Kommunalpolitik muss alle Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Demokratie erlebbar zu machen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Gespräch zu sein – das ist sicherlich kein Allheilmittel, aber macht die Räume für rechtspopulistische bzw. extrem rechte Scheinargumente eng und erweitert die Möglichkeiten, gemeinsam an einem respektvollen und friedlichen Zusammenleben zu arbeiten und unterschiedene gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung einzustehen.

Literaturhinweise

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Auf Augenhöhe“. Integration zum kommunalen Thema machen. Texte der KommunalAkademie Band 1, Bonn 2007.

Jugendclub Courage Köln e.V. (Hrsg.): Köln ganz rechts. Die extreme Rechte und die Braunzone in Köln, NS-Dokumentationszentrum/ibs, Köln 2009.

Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Häusler, Alexander und Hans-Peter Killguss (Hrsg.): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen, Köln 2008.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1-7, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 2002-2009

LAGA NRW, Migrationsrat Oberhausen, ibs Köln und Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf: Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander! Appell zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen einen rassistischen Populismus, Köln und Düsseldorf 2009.

Zu „mobim“ und der Reihe „mobim-analysen“

In den mobim-analysen sollen ausgewählte Themen, Begrifflichkeiten und Fragen des modernen Rechtsextremismus, die sich aus der Beratungsarbeit von mobim ergeben, genauer dargestellt und analysiert werden. Die Reihe soll vor allem verständliche, kompakte und durch Handlungsempfehlungen erweiterte Informationen für Funktionsträger und Akteure vor Ort zur Verfügung stellen.

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu befördern. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler Akteure entgegenzutreten und langfristig und nachhaltig demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Neben der gezielten und passgenauen Beratung lokaler und regionaler Akteure wendet sich Mobile Beratung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Opfern rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus voranzutreiben, dokumentiert und analysiert mobim rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Träger von mobim ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

Autoren/Redaktion: Rebekka Haffner, Ruven Hein, Heiko Klare, Bernhard Steinke, Michael Sturm

Redaktionsschluss: 12.03.2010

Kontakt

mobim

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.

Im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28

48145 Münster

www.mobim.info

kontakt@mobim.info

Telefon: 0251 – 492 7109

Fax: 0251 – 492 7918

Gefördert von:



Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



VILLA.
TEN HOMPEL

Geschichtsort

*Erinnern
Forschen
Lernen*